



Foto: Freepik

TITEL

30 | LÖHNE

Inflation frisst Einkommen: warum weniger in der Brieftasche bleibt. Und: sieben Kontoauszüge aus dem echten Leben.

32 | GRAFIK

Die Entwicklung der Bruttolöhne in Südtirol.

Auf der Titelseite angekündigte Themen **farbig** gekennzeichnet. Coverfoto: Nano Banana – Gemini AI image generator, ff



TITEL

WER KANN SICH DAS NOCH LEISTEN?

Inflation frisst Einkommen: warum weniger in der Brieftasche bleibt. Und: sieben Kontoauszüge aus dem echten Leben.

von Silke Hinterwaldner

Weitermachen – oder aufhören? Die Lehrerin wirkt hin- und hergerissen. Kurz fährt sie sich mit der Hand durchs Haar, blickt ins Leere, denkt nach. Dann sagt sie: „Ich weiß es nicht.“

In wenigen Tagen steht eine Entscheidung an: Eine Art Urabstimmung unter den Lehrkräften des Landes soll den weiteren Kurs bestimmen. Einige plädieren dafür, den Boykott der Schulausflüge fortzuführen. Die gesteckten Ziele, sagen sie, seien noch lange nicht erreicht. Andere wiederum drängen auf ein Ende des Protests. Sie fürchten die Empörung jener, die über vermeintlich faule Lehrer schimpfen und bedauern, dass die Kinder in diesem Schuljahr keinen Herbstausflug erleben dürfen.

Dabei ist das, was die Lehrkräfte gerade tun, vor allem eines: ein Arbeitskampf. Einer, wie ihn das Land seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Und auch wenn die Stimmung sich zunehmend auflädt und die Diskussion darüber, wie viel eine Lehrperson verdienen sollte, bisweilen erstaunlich kleinlich geführt wird, stellt sich zugleich eine andere Frage – eine viel grundsätzlichere: Was ist mit allen anderen? Sollten nicht auch sie mehr Lohn bekommen für ihre Arbeit?

Verkäuferinnen, Handwerker, Gemeindebedienstete, Pflegerinnen, Lkw-Fahrer – sie alle haben in den vergangenen Jahren zwar mehr verdient. Doch die Inflation hat das Plus aufgeessen. Die Kaufkraft ist innerhalb einer Dekade um bis zu acht Prozent gesunken. Südtirol zählt damit zu jenen europäischen Regionen, in denen die Reallöhne am stärksten an Wert verloren haben.

Vielleicht liegt darin die eigentliche Sprengkraft dieses Herbstes. Der Konflikt der Lehrkräfte ist kein Randthema, keine Episode aus dem Bildungswesen. Er ist ein Brennglas. Er zeigt, wie fragil das Versprechen geworden ist, dass Leistung sich lohne. Wie schnell Vertrauen erodiert, wenn sich diejenigen, die täglich Verantwortung tragen, am Ende des Monats fragen müssen, ob es reicht. Was ist uns gute Arbeit wert? Und wer antwortet zuerst: die Politik oder die Gesellschaft?

„Wir“, sagt **Sonja Hartner**, „haben unser Ziel nicht erreicht.“ Die Leiterin der Stadtbibliothek Bruneck hatte gemeinsam mit anderen eine Petition gestartet, die sichtbar machte, wie sehr die Inflation den Menschen zu schaffen macht. Die Reallohne sind über Jahre gesunken, obwohl Südtirol und auch Italien wirtschaftlich gut dastehen.

Nach wie vor würden den Gemeindebediensteten 20 Prozent Inflationsausgleich auf dem Gehaltszettel fehlen. Hartner ist trotzdem nicht unzufrieden: „Wir haben eine Diskussion angestoßen, die sich jetzt im Protest der Lehrpersonen niederschlägt.“ Schade findet sie, dass diese nur für sich kämpfen und nicht für alle öffentlich Bediensteten.

Der Reallohn zeigt, wie viel der Betrag auf der Lohnabrechnung wert ist – nicht in Zahlen, sondern im Einkaufskorb. Seit Ende 2021 ist die Kaufkraft der Löhne in Italien um 5,8 Prozent geschrumpft, dies geht aus einer Auswertung der Europäischen Zentralbank hervor. Ein Verlust, der im Alltag spürbar ist: weniger im Portemonnaie,

Der Lkw-Fahrer,
60

(Fotos in diesem Artikel sind nur symbolisch und bilden nicht die realen Protagonisten ab.)



„Ich arbeite, seit ich 14 Jahre alt bin. Angefangen habe ich als Kellner, später bin ich ins Baugewerbe gewechselt, vor allem, um mehr Zeit für meine Freundin und später für meine Kinder zu haben. Heute bin ich 60 und stehe kurz vor der Pensionierung.

Als Lkw-Fahrer verdiene ich nach Stundenlohn, das heißt, mein Gehalt schwankt von Monat zu Monat. Im Schnitt komme ich auf 45 Stunden pro Woche. Bei rund elf Euro die Stunde sind das ungefähr 1.980 Euro im Monat. Davon gehen gleich zu Monatsbeginn 700 Euro für die Miete weg – ich wohne allein. Dazu kommen rund 60 Euro für Nebenkosten und etwa 300 Euro für Versicherungen.

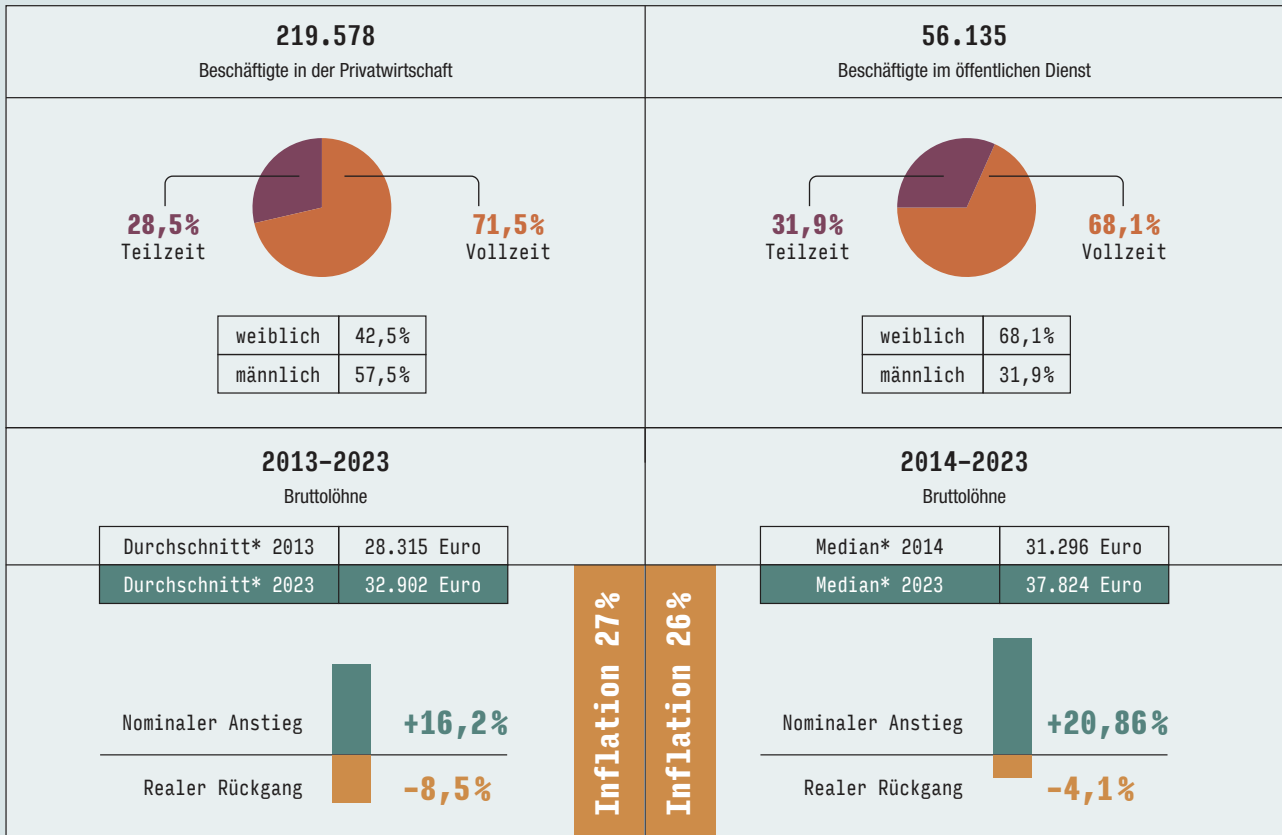
Für Lebensmittel gebe ich um die 250 Euro im Monat aus. Erst heute habe ich für 75 Euro eingekauft und am Ende trug ich nur eine kleine, leichte Tüte nach Hause. Und dann kommt ja auch noch das Benzin dazu. Allein die tägliche Fahrt zur Arbeit kostet mich etwa 100 Euro im Monat. Viel bleibt da für Freizeit nicht mehr übrig. Ich könnte mir zwar hin und wieder eine Pizza oder ein Steak im Restaurant leisten, aber jede Woche wäre das einfach nicht drin.

Ich versuche, jeden Monat etwa 200 Euro auf die Seite zu legen. Doch erst kürzlich musste ich mehrere Tausend Euro für Zahnimplantate bezahlen. Da war das Ersparte dann gleich wieder weg. Im Urlaub am Meer war ich seit zehn Jahren nicht mehr. Ich gehe lieber auf den Berg oder drehe ein paar Runden mit dem Motorrad.

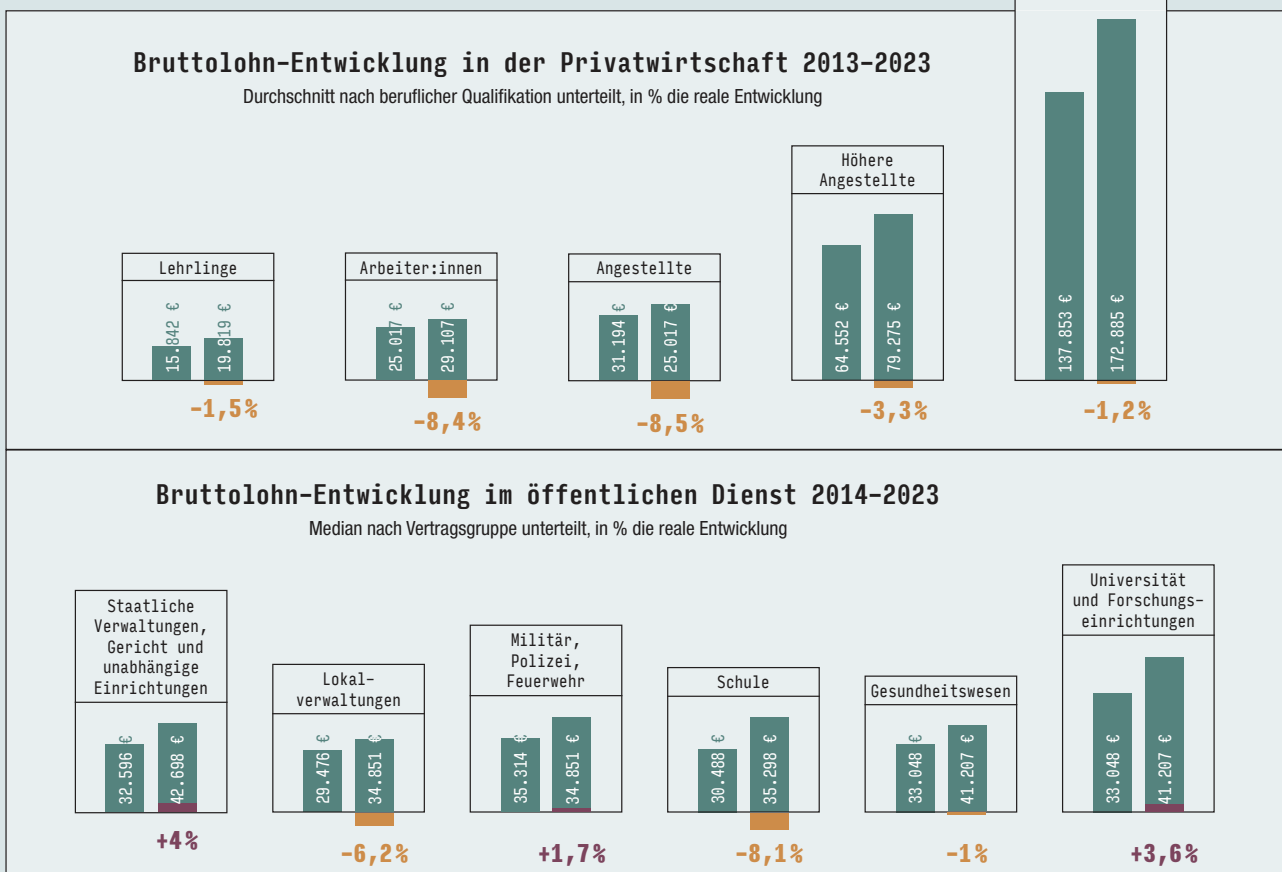
Eigentlich bin ich sehr zufrieden mit meinem Gehalt, ich darf mich nicht beschweren. Ich bin aber auch ein einfacher Mensch.

Was mich ärgert, ist, dass man beim Schneeräumen so wenig verdient. Wenn man unter der Woche zu normalen Arbeitszeiten fährt, bleibt der Stundenlohn derselbe. Nur an Wochenenden, Feiertagen oder nachts bekommt man etwa 20 Euro pro Stunde. Ich finde, das ist immer noch zu wenig, wenn man bedenkt, wie gefährlich die Arbeit ist.

Früher, in den 1990er-Jahren, war der Job als Lkw-Fahrer gut bezahlt. Heute, mit der Inflation, passt das Verhältnis einfach nicht mehr. Da fehlen verhältnismäßig locker 600 bis 700 Euro im Monat. Trotz allem mache ich meinen Job gern. Und auch wenn ich bald in Pension gehe, werde ich sicher noch ein paar Stunden weiterarbeiten.“ (js)



*Durchschnitt oder Median? Der Durchschnitt ist der rein rechnerische Mittelwert, in diesem Fall von allen Bruttolöhnen. Der Median ist der tatsächliche Wert in der Mitte einer Zahlenreihe und als solcher in Kategorien mit extremen Ausreißern aussagekräftiger als der Durchschnitt. Für den öffentlichen Dienst liegen dem Astat nur Bruttolohn Daten ab 2014 vor.



Quelle: Astat, eigene Berechnung - Alexander van Gerven



TITEL

weniger am Monatsende übrig. Das deutsche *Handelsblatt* schreibt: Im Vergleich zu den großen Volkswirtschaften der Euro-Zone steht Italien schlecht da. Nirgendwo sonst sind die Reallöhne so unter Druck geraten. In Deutschland sind sie stabil geblieben, in Spanien oder den Niederlanden sogar angestiegen. Warum ist das so?

Die Frage geht an Alex Weissensteiner, Finanzwirtschaftler und Rektor der Uni Bozen. In anderen Ländern, erklärt er, seien die Gewerkschaften besser imstande, bei Lohnverhandlungen zeitnah zu Abschlüssen zu kommen: „Es ist auffällig, dass wir hier Verzögerungen haben.“ Und: Manche Sektoren können die Produktivität durch den Einsatz neuer Technologien steigern. Der so entstandene Mehrwert habe wenig mit klassischer Arbeit zu tun – es gibt Wirtschaftswachstum ohne Steigerung der Reallöhne. Die Unternehmen machen größere Umsätze, schreiben höhere Gewinne, aber ihre Mitarbeitenden bekommen nicht mehr Lohn.

Bis 1993 wurden die Löhne in Italien automatisch an die Inflation angepasst, das Prinzip nannte sich „scala mobile“ und sorgte 20 Jahre lang für öffentliche Debatten. Diese Rolltreppe für die Löhne habe die Inflation weiter befeuert, argumentierten

Kritiker, mit Blick auf die Währungsunion und die Bekämpfung der Inflation schaffte Italien seine „scala mobile“ wieder ab. Seitdem verhandeln die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden weniger um Lohn erhöhungen als vielmehr um Inflationsanpassungen. Und selbst diese Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

Ein Beispiel: Die öffentlich Bediensteten in Südtirol bekommen über den bereichsübergreifenden Kollektivvertrag (BÜKV) jetzt die Inflationsanpassung für die Jahre 2022 bis 2024 ausbezahlt. Dabei sollten eigentlich die Verhandlungen für die kommenden Jahre abgeschlossen werden – aber davon ist man weit entfernt. Im Vergleich zu anderen Sektoren haben die öffentlich Bediensteten in Südtirol noch Glück, die Verhandlungen dauern in anderen Bereichen weit länger. Die Politik zeigt sich immer wieder relativ verhandlungsbereit.

Dass die Löhne mit den steigenden Preisen nicht mithalten können, zeigte sich nach Ausbruch des Ukrainekrieges. Damals erreichten die Energiekosten ungeahnte Höhen, die Strompreise wurden später nach unten korrigiert, in vielen Bereichen jedoch blieben sie hoch. „Die Preisflexibilität“, sagt Stefan Perini, sei meist nur in eine Richtung gegeben, nach oben. Der Direktor

„DIE WIRTSCHAFT LÄUFT, WIR HABEN EINEN RIESIGEN HAUSHALT. DIE FRAGE BLEIBT: WIRD DIESES GELD GERECHT VERTEILT?“

Maria Elisabeth Rieder,
Abgeordnete Team K

Die Verwaltungs-
assistentin, 54,
Teilzeit



Foto: Freepik

„Ich gehe gerne arbeiten und liebe meinen Job. Wir haben ein cooles Team und einen tollen Chef. Das ist auch mit ein Grund, wieso ich dort bleibe. Als ich mich entschieden habe, Kinder zu bekommen, bin ich von der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich gewechselt und in ein totales Armutsloch gefallen. Ich wollte nur kurz dort arbeiten, mittlerweile sind es 20 Jahre. Das Betreuungsangebot war damals noch nicht so wie heute, daher waren mir die flexibleren Arbeitszeiten im neuen Job sehr wichtig. Davor hatte ich eine Führungsposition, bei der ich 5.000 Euro verdient habe. Zeitlich und von den Anforderungen her wäre sich das mit der Erziehung nicht ausgegangen. Ich musste mich zwischen Kind und Traumjob entscheiden.“

Nach dem Wechsel konnte ich nur 24 Stunden arbeiten und habe 1.400 Euro verdient. Als die Energiekosten vor ein paar Jahren drastisch nach oben gingen, habe ich offen mit meinem Chef gesprochen. Ich wollte Stunden reduzieren und mir einen Job in der Privatwirtschaft suchen, um die Kosten auszugleichen. Das wollte er aber nicht. Ich habe aufgestockt, arbeite seither 32 Stunden und verdiene 1.880 Euro. Mit diesem Gehalt komme ich durch und für meine beiden Töchter und mich allein auf. Ich hatte das Glück, dass ich nach dem Tod meiner Eltern geerbt habe. Damit konnte ich ein Restdarlehen aufnehmen und mir eine Wohnung kaufen. Zehn Jahre habe ich die Zähne zusammengebissen, um das abzuzahlen. Inzwischen bin ich schuldenfrei. Ich kann schwer mit einem Minus auf dem Konto umgehen und Schulden mache ich auch nicht gerne. Wenn ich mir keine Pizza mit Freundinnen leisten kann, setze ich mich mit einem Glas Wasser dazu. Meine Töchter und ich machen einmal im Jahr einen großen Urlaub für eine Woche. Darauf sparen wir hin, wir lieben es zu reisen. Ski fahren gehen wir auch nur einmal im Jahr, das sind locker 200 Euro für uns für einen Tag, den zelebrieren wir dann aber richtig. Mein Auto ist mittlerweile 20 Jahre alt, das benutze ich, wenn es sein muss. Sonst fahre ich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, für mich ist das neue Gratisticket daher eine große Erleichterung. Die Überlegung bleibt, Stunden zu reduzieren und einen Zusatzjob in der Privatwirtschaft zu bekommen, um dazuzuverdienen. Für die Altersvorsorge kann ich nicht wirklich etwas auf die Seite legen, Versicherungen sind auch nicht drinnen. Das Thema Altersarmut verdränge ich noch.“ (mst)



TITEL

Die Grundschul- lehrerin, 52



Foto: Freepik

„Seit 24 Jahren arbeite ich schon als Lehrperson. 15 davon mit Studientitel, seit zehn Jahren bin ich in der Stammrolle. Ich unterrichte in einer kleinen Grundschule. Wir sind eine Schule mit vier Klassen und 50 Schülern und Schülerinnen. Am Vormittag unterrichte ich und an den unterrichtsfreien Nachmittagen mache ich meine Vorbereitung oder Nachbereitung an der Schule. Als ich noch als Suppletin gearbeitet habe, habe ich 700 Euro verdient, musste 70 Kilometer zu meinem Arbeitsplatz fahren und war alleinerziehend. Teilweise war ich mehr im Auto als in der Klasse. Anerkannt werden mir nur die 15 Dienstjahre mit Studientitel. Aktuell erhalte ich ein Gehalt von 41.275 Euro brutto, das sind circa 26.000 Euro netto inklusive Zulage für das Studium und die Zweisprachigkeit. Das Gehalt variiert monatlich sehr, denn im Sommer werden die Landeszulagen nicht ausbezahlt und auch das 13. Monatsgehalt umfasst nur die staatlichen Lohnelemente. Von einer fairen Bezahlung zu sprechen, ist in der momentanen Verhandlungslage schwierig. Ich kenne schon einige Lehrpersonen, die in Nachbarländer abgewandert sind, weil sie dort mehr verdienen.“

Als mein Sohn noch klein war, haben mich meine Eltern unterstützt. Heute kann ich – zwar nicht jeden Monat – aber manchmal etwas auf die Seite legen. Neben Miete, Heizung und Strom habe ich noch Spesen für mein Auto. Ab und zu gehe ich zum Essen aus, Urlaub mach ich, wenn, dann nur ein paar Tage. Bei den Lebensmitteln spare ich nicht unbedingt. Ich kaufe gerne direkt vom Bauern oder in kleinen Lebensmittelgeschäften ein. Ich weiß, dass die Waren dort mehr kosten als im Supermarkt, aber ich möchte den einheimischen Handel unterstützen. Sorgen um Altersarmut mache ich mir schon, die Zukunft kann niemand voraussehen. Krankheit, Unfall, Katastrophen können Menschen aus ihrer Bahn werfen und auch mich kann es jederzeit treffen.“ (mst)

„Arbeiten macht mir nichts aus. Im Gegenteil. Ich bin es gewohnt. Früher habe ich unterschiedliche Jobs gemacht, als Alleinerziehende und berufstätige Mutter hatte ich leider nicht viel Zeit für mein Kind, oft bin ich mit schlechtem Gewissen zur Arbeit gegangen. Jetzt bin ich im öffentlichen Dienst tätig, als Schulwartin. Ich möchte mir heute mehr Zeit für die Familie nehmen und mich meinem Enkelkind widmen, deshalb habe ich eine reduzierte Arbeitszeit.“

Mit dem Lohn auszukommen, ist alles andere als leicht. Ich verdiene im Durchschnitt 900 Euro im Monat, muss aber auch noch einen Kredit abzahlen, der auf meine Wohnung läuft, das sind 350 Euro. Dazu kommen die Spesen für das Auto, für Strom und Versicherungen. Da kommt einiges zusammen. Wenn mich Bekannte fragen, ob ich mit zum Pizzaessen komme, muss ich mir das zweimal überlegen. Dafür reicht das Geld meistens nicht. Da fühlt man sich schon aus dem sozialen Umfeld ausgeschlossen. Dabei muss ich immer hoffen, dass nicht zusätzlich Spesen entstehen, etwa wenn ich zum Zahnarzt muss oder das Auto einen Mechaniker benötigt. Allein schon wie viel heute ein Kilo Butter kostet, schockiert mich immer wieder. Dabei stehen die Kühe doch vor der Haustür, warum also kostet das plötzlich so viel? Das verstehe ich nicht. Die Existenzängste sind groß. Ich möchte ein normales Leben leben, aber das geht gar nicht mehr.“

Ich habe bisher 45 Jahre in meinem Leben gearbeitet, das ist eine lange Zeit. Leider war ich nicht immer korrekt angemeldet, sodass ich noch einige Jahre vor mir habe. Da ist immer der Gedanke, ob es später mit der Rente reichen wird, das besorgt mich schon sehr, die Altersarmut, das ist nicht nur ein leeres Wort, sondern bittere Realität. Vor allem Frauen sind betroffen. Sie kündigen ihren Job, um für die Kinder da sein zu können und den Haushalt zu schmeißen. Dass ihnen irgendwann das nötige Geld und die nötigen Jahre fehlen, daran denkt man einfach nicht. Frauen müssen oft viel mehr leisten als Männer. Aber das wird bagatellisiert, darüber spricht man viel zu wenig. Frauen leisten vieles, das leider nicht anerkannt und nicht honoriert wird.“

Dass ich heute als Schulwartin arbeite, hat nichts mit meinem Traumberuf zu tun. Hätte ich eine Ausbildung machen dürfen, wäre ich sicher Innenarchitektin. Manchmal tröste ich mich und denke: Ich bin von Gott beschenkt, weil ich sehr kreativ bin und mir dieses Talent hilft, alte Gegenstände neu zu gestalten, um auch Geld zu sparen. Ich mache vieles selbst, solange es meine Gesundheit zulässt. Dafür bin ich sehr dankbar.“ (sul)

Die Schulwartin, 60, Teilzeit



Foto: Freepik



des Arbeitsförderungsinstituts Afi hatte bereits im August vorgerechnet, dass die Lebenshaltungskosten in Südtirol weit schneller steigen als die Löhne, vor allem jene in der Privatwirtschaft.

Die Banca d'Italia hat in ihrem neuesten Bericht festgestellt, dass der Immobilienmarkt nach einem Rückgang vor einem Jahr jetzt wieder anzieht. Hier zeigt sich, dass Südtirol im Vergleich zu anderen Provinzen doppelt benachteiligt ist. Im italienischen Durchschnitt sind die Wohnpreise um 4,2 Prozent gestiegen, in Südtirol um 7 Prozent. Innerhalb eines Jahres. Die Inflationsrate ist in der Provinz Bozen deutlich höher als auf gesamtstaatlicher Ebene.

Über allem schwebt das Arbeiterstatut aus dem Jahr 1970, es regelt grundlegende Rechte am Arbeitsplatz. Darunter reihen sich nationale Kollektivverträge, die für viele – aber nicht für alle – Sektoren vorgesehen sind. Wenn Unternehmen ein Betriebsabkommen schließen, muss dies immer eine Besserstellung bedeuten. Dasselbe gilt für Landeszusatzverträge.

Grundsätzlich ist ein solcher Kollektivvertrag drei Jahre in Kraft, im letzten Jahr sollten die Verhandlungen für die neue Version beginnen. In Wirklichkeit aber gibt es Kollektivverträge, die viele Jahre auf Eis liegen. Werden sie nicht erneuert, warten die Bediensteten vergeblich auf eine Inflationsanpassung oder eine Lohnerhöhung.

„Oft“, sagt Stefan Perini, „werden Verzögerungen bewusst in Kauf genommen.“ Vor allem vonseiten der Arbeitgeberverbände, sobald Lohnerhöhungen anstehen. Auf diese Weise aber schwindet auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Verhandlungen – und in ihre Gewerkschaften.

In Italien und in Südtirol sind die Gewerkschaften zersplittert und parteipolitisch geprägt – trotzdem bleiben sie die einzigen Organisationen mit Vertretungsanspruch, sobald über Verträge verhandelt wird. Die Gewerkschaften waren einst starke Partner am Verhandlungstisch, aber seit vielen Jahren sinken die Mitgliederzahlen.

Grundsätzlich gebe es einen Hang zum Individualismus, sagen Experten, der Einzelne verhandelt mit dem Arbeitgeber einen Vertrag aus, eine Lösung auf Maß geschneidert, ohne Rücksicht auf andere Mitarbeitende und Branchen. Ein „Gemeinsam sind wir stark“ spürt die große Gruppe der Angestellten und Arbeiter nicht mehr.

So gibt es kaum kollektive Empörung. „Die Südtiroler sind Streikmuffel“, sagt Perini. Er sieht aber auch die Schmerzgrenze noch nicht erreicht. Es gebe offensichtlich keine Notwendigkeit, auf die Straße zu gehen – von den Stahlarbeitern und dem Lehrpersonal abgesehen.

Die Sozialpartner am Verhandlungstisch schieben sich gern gegenseitig die Verantwortung zu. Mal mehr, mal weniger werden Angestellte und Arbeiter auch durch Zugeständnisse zufriedengestellt: Für manche gibt es einen Teil des Lohns „fuori busta“, also schwarz. Das gilt nur für Beschäftigte im Privatsektor. Im Gastgewerbe gibt es mancherorts auch Trinkgeld, das den Lohn aufbessert. Oder die Arbeitgeber locken ihre Leute mit Benefits, kleinen Geschenken – so etwa spendiert das Land seinen öffentlich Bediensteten den Südtirolpass. Landesbedienstete und Lehrerinnen können nun gratis Zug fahren. Darüber freuen sich manche, andere ärgern sich, wieder andere finden es gar ungerecht.

Die Gewerkschaften, die Kollektivverträge, die nicht enden wollenden Verhandlungen – in Italien

Der Verwaltungsbeamte, 31



„Eine Wohnung für mich allein könnte ich mir nicht leisten. Seit einiger Zeit wohne ich gemeinsam mit meiner Freundin in einer 50 Quadratmeter großen Wohnung, wir zahlen 700 Euro Miete, es kommen Kondominiumsspesen, Strom, Heizung hinzu. Insgesamt geben wir monatlich 850 Euro für das Wohnen aus. Für Essen gehen 250 bis 300 Euro drauf, ehrlich gesagt kochen wir wenig zu Hause, meist sehr einfache Gerichte. Wir sind noch jung, aber irgendwann möchten wir uns schon ein Eigenheim leisten. Das ist unser Ziel, dafür sparen wir. In den Urlaub fahren wir nicht so oft, und wenn wir zum Essen ausgehen, dann bestimmt nicht in teure Lokale. Wir sind beide ehrenamtlich in Vereinen tätig, da geht man mit den Kollegen manchmal auf ein Fest, aber die Zeit, in der man jedes Wochenende ausgehen muss, ist vorbei. Heute gehen wir gern wandern, dann nehmen wir das Essen im Rucksack mit und machen ein Picknick. Die Hütten sind uns tatsächlich viel zu teuer.“

Wir haben beide Vollzeitjobs, ich in der öffentlichen Verwaltung, meine Partnerin ist privat angestellt. Gemeinsam kommen wir auf 3.500 Euro netto im Monat, ich steuere derzeit 2.000 Euro bei.

Uns geht es gut, wir schaffen es meist, eine Kleinigkeit auf die hohe Kante zu legen. Aber sobald eine Versicherung zu zahlen ist oder jemand zum Zahnarzt muss, reicht es nicht mehr. Wir machen uns schon Gedanken über die Zukunft: Wenn man Familie gründen will, fällt vielleicht ein Gehalt weg, gleichzeitig benötigt man eine größere Wohnung. Was dann?

In der Privatwirtschaft würde ich mehr verdienen, das ist mir schon klar. Aber mir gefällt meine Arbeit. Ich kann meinen Arbeitsplatz von der Wohnung aus zu Fuß erreichen. Das mag ich, und es spart Geld, weil ich nicht immer das Auto nehmen muss.“ (sul)